Heft 11-2017 | EUR 7,00 | C 12232 E

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

Debatte über »offensive Gewerkschaftspolitik« der IGM

Otto König/Richard Detje: Abschied vom Stahl?

Forum Gewerkschaften

Mit Beiträgen u.a. von

Björn Allmendinger, Jürgen Bönig, Michael Brie, Klaus Dallmer, Hinrich Kuhls, Armando Fernández Steinko, Alban Werner, Karl Georg Zinn

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf

www.sozialismus.de

Xi Jinping fordert den weiteren Umbau Chinas

In der Eröffnungsrede auf dem Parteitag der KP Chinas hat Xi Jinping, die Mitglieder aufgerufen, sich gegen Versuche zur Wehr zu setzen, die Führerschaft der Partei zu unterminieren. Es gehe um eine »neue Ära«, in der ein »Sozialismus nach chinesischer Art« praktiziert werde. ...

SPD-Erfolg in Niedersachsen

Drei Wochen nach dem Rechtsruck der Berliner Republik haben die Landtagswahlen in Niedersachsen einen anderen Akzent gebracht. Die SPD unter Ministerpräsident Stephan Weil hat die Landtagswahl überzeugend gewonnen. Die bisherige rot-grüne Koalition verfehlte gleichwohl die Mehrheit. ...

Rechtsruck in Österreich

Die Parlamentswahlen haben den erwarteten Sieg der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) gebracht. Sie wurde mit 31,6% deutlich stärkste Partei. Die SPÖ landete mit 26,9% auf Platz zwei vor der FPÖ – mit 26,0% nur knapp hinter derSPÖ. ...

Heft Nr. 11 | November 2017 | 44. Jahrgang | Heft Nr. 423

Strategien gegen rechts

Björn Allmendinger:
Rechtspopulisten in Betrieb und Gesellschaft
Hintergründe und aktuelle Herausforderungen 2

Risiken und Perspektiven

Joachim Bischoff:
»America first« als Risiko für die Weltwirtschaft 7

Hinrich Kuhls:
Die Labour Party als »Regierungspartei im aktiven Wartestand« 16

Jeremy Corbyn:
Die progressive Perspektive in Europa muss radikal und glaubwürdig sein 20

Armando Fernández Steinko:
Katalonien – die Linke und die Sezession 24

Jamaika ante portas?

Karl Georg Zinn: Nachwahllegenden 27

Alban Werner:
»Merkelismus« – gibt es ihn? Kann er überleben? 29

Joachim Bischoff/Björn Radke:
DIE LINKE auf der Suche nach einer neuen politischen Rolle 35

Michael Brie:
Die strategische Herausforderung durch linke Gewalt 39

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Abschied vom Stahl? Im Ruhrgebiet brodelt es wieder: ThyssenKrupp und Tata wollen Stahlriesen schmieden 45

Klaus Lang: Zu formelhaft, um provokativ zu sein. Anmerkungen zu »Für eine offensive Gewerkschaftspolitik der IG Metall – sieben Thesen« 49

»Damit die Sonne wieder scheint«
Vernetzungstreffen für offensive Gewerkschaftspolitik
Interview von Otto König mit Heidi Scharf und Günter Hoetzl 52

1867 & 1917

Klaus Dallmer:
Lenins Großer Sozialistischer Oktoberumsturz und die Folgen 55

Jürgen Bönig:
Warum »Das Kapital« in Hamburg herauskam 63

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 53

Veranstaltungen & Tipps 68

Marion Fisch: Happy End (Filmkritik) 69

Zu formelhaft, um provokativ zu sein

Anmerkungen zu »Für eine offensive Gewerkschaftspolitik der IG Metall – sieben Thesen«

von ■ Klaus Lang

Grafik: pixabay

Selten habe ich mich in den letzten Jahren über einen politischen Text in der Zeitschrift »Sozialismus« mehr geärgert als über diese sieben Thesen. Viele Artikel in der Zeitschrift finden in den politischen Ansichten und Schlussfolgerungen nicht meine Zustimmung. Aber oft kann man die gute und faktenreiche Analyse sehr gut gebrauchen oder auch strategische Überlegungen teilen.

Bei den genannten Thesen ist die Einfallslosigkeit dieser fast ewig gültigen Formeln Garant für ihre praktische Wirkungslosigkeit. Diese Thesen hätten nahezu unverändert auch vor fünf, zehn, fünfzehn oder fünfundzwanzig Jahren geschrieben werden können.

Mich ärgert das deshalb, weil wir uns in Deutschland und Europa (ich will einmal die globale Perspektive außen vor lassen) in einer bedrückenden, teilweise beängstigenden Situation befinden. Das hat viele Gründe und Ursachen. Daher wäre eine linke Analyse und darauf aufbauende politische Strategie, die auf die realen Gegebenheiten Bezug nimmt und daraus verändernde Kraft entwickelt, dringend notwendig. Der vorliegende Text bietet dafür meines Erachtens keine Grundlage.

Ich habe diese Anmerkungen ursprünglich aufgrund der Fassung der Thesen in *Sozialismus 10-2017* geschrieben und mir danach die ausführliche Fassung bestellt. Sie mindert aus meiner Sicht den Grund für meine kritischen Anmerkungen kaum. In der Vorbemerkung der Langfassung gibt es einen Absatz, dem ich uneingeschränkt zustimmen kann: »Die IG Metall muss ihre Durchsetzungsmöglichkeiten und Grenzen realistisch einschätzen und beschreiben. Tut sie dies nicht und stellt ihre Kraft überhöht dar, muss sie Verantwortung für gesellschaftliche Verhältnisse übernehmen, deren Gestaltung sie nur unzureichend beeinflussen kann. Es besteht die Gefahr, dass die IG Metall die Realität anders beschreibt, als sie von einem Großteil ihrer Mitglieder wahrgenommen wird und sich hierdurch von ihrer Mitgliedschaft entfernt. Letztlich kann dies nur zu Rechtfertigung von Verhältnissen führen, die nicht im Interesse der IG Metall liegen.« Leider haben die Autoren der sieben Thesen diese richtige Erkenntnis nicht bei der Abfassung ihres Textes angewandt. Damit trifft das Urteil den eigenen Text. Meine Kritik will ich mit Anmerkungen zu einzelnen Thesen deutlich machen.

1.

Wann mussten rechtspopulistische Ideologien nicht zurückgedrängt werden? Und »klare Kante gegen Rechts«, auch das ist nicht neu. Aber diese Beschwörungsformeln und mehr »Bündnis-gegen-rechts«-Broschüren und Seminare werden das Problem nicht lösen (Stärkung der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit!).

Forum Gewerkschaften

Die Frage ist: Was ist das Spezifikum des Rechtspopulismus heute, was ist sein Nährboden, wo sind seine Anhänger und wie weit sind sie auch in den Gewerkschaften verbreitet. Wo tritt er auf und wie ist das Verhältnis von argumentativer Auseinandersetzung, entschiedener Abwehr und – auch das ist notwendig – kompromissloser Ausgrenzung? Was können die Gewerkschaften ihren Mitgliedern und den betrieblichen Funktionsträgern dazu bieten? Einiges davon müsste in einer auf die aktuelle Situation bezogene These zum Kampf um die Köpfe und Herzen aufblitzen. Ja, die Realität wird ein Stück weit beschrieben, aber gleichzeitig eingeordnet: »Doch in der Praxis hat sich die rechtspopulistische, zum Teil faschistische Ideologie in Teilen der Belegschaften eingenistet.« Muss man

Klaus Lang war von 1979 bis 2003 Gewerkschaftssekretär beim Vorstand der IG Metall und von 2003 bis 2008 Arbeitsdirektor Stahlwerk und Holding Georgsmarienhütte.

als Voraussetzung einer »offensiven« Auseinandersetzung nicht fragen, warum das so ist? Nicht jeder, der glaubt, dass Rechtspopulisten seine Ängste und Befürchtungen thematisieren, ist ein »Rechtspopulist« oder »Faschist«, sondern er ist ein Arbeitnehmer/eine Arbeitnehmerin, ein IG Metall-Mitglied, das mit seinem Denken und Fühlen ernstgenommen und dort abgeholt werden will, wo er/sie steht. Das ist der Beginn aller Aufklärung, diese Erkenntnis sollte am Beginn aller offensiven Auseinandersetzungen stehen! Mit der Antifa-Keule, mit Antirassismus-Seminaren und Gegen-Rechts-Broschüren wird der Kampf um die Köpfe und Herzen nicht gewonnen.

2.

Auch der Einleitungssatz zu These zwei ist zeitlos gültig. Aber was sind denn die Auswirkungen des Wandels, insbesondere auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen? Inwiefern garantiert eine formelhaft »offensive« Gestaltung denn Arbeitsplätze? Da wird vom sozial-ökologischen Umbau gesprochen. Was ist das konkret? Und die Auswirkungen der Digitalisierung, der Umbruch zur Arbeit 4.0 finden mit kaum einem Wort Erwähnung. Was ist denn »entsprechend genutzt« bei der digitalen Vernetzung? Wo wird denn die Angst um Arbeitsplätze, um Entwertung der Qualifikation auch nur in einem Halbsatz angesprochen? Und was sind die Technologien und Produktionsweisen, die den Klimawandel und die Gefährdung der Lebensgrundlagen ignorieren und welche tun das nicht oder weniger? Ist das für jeden IG Metall-Funktionär, vom Mitglied zu schweigen, selbstverständlich und klar?

Einige positive Beispiele und Hinweise wären hilfreich anstatt nur negativer Abgrenzung. Was heißt denn der kryptische Satz, sich »gegen Ungleichgewichte im Außenhandel .... im ausschließlichen Interesse der Wirtschaft« zu wehren? Brauchen wir nicht eine realistische Betrachtung – so wie es vielleicht viele Mitglieder sehen – und ehrliche Debatte darüber, dass die starke Exportorientierung der deutschen Wirtschaft mit dazu geführt hat, dass der Verteilungsspielraum nahezu ausgeschöpft wurde? Unsere Importbilanz ist so schlecht außerdem nicht. Und woher sollen wir denn importieren? Aus China, Bangladesch, den USA? Wem z.B. nützt denn die energetische Sanierung der Gebäude? Und wer profitiert davon? In welche Richtung soll die Verkehrspolitik gehen und was ist die Zukunft der Automobil- und Zulieferbranche? Lenkt der Hype um die Elektromobilität nicht von dem kriminellen Versagen der Automobilbranche bei Abgasen, Schadstoffen und Verbrauchswerten ab, ohne zu fragen, was eigentlich die Ökobilanz der Elektromobilität sein wird? Keine Privatisierung der Autobahnen, prima – aber bedrückt die IG Metall-Mitglieder nicht vielmehr, dass sie auf staatlichen Autobahnen stundenlang im Stau stehen, der Weg zwischen Wohnort und Arbeitsplatz immer länger dauert?

3.

Auch hier ist der Einleitungssatz von unübertreffbarer Gültigkeit – zu jeder Zeit, an jedem Ort, übrigens auch für jeden Akteur in der politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzung! Von Steuerpolitik ist in der These kaum mehr die Rede, bis auf einen Hinweis auf die Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz, in der längeren Fassung der Thesen noch ergänzt durch die Erbschafts-, Kapitalertrags- und Gewerbesteuer. Aber gibt es denn eine »linke« Berechnung, was all diese Steuererhöhungen, die vielleicht mit einer Mitte-Links-Mehrheit noch durchsetzbar wären (Kräfteverhältnisse richtig einschätzen!), tatsächlich an zusätzlichen Einnahmen brächte? Können damit die nötigen Infrastrukturmaßnahmen in Verkehr, Bildung, Gesundheit finanziert werden? Und auch der nur über mehr Steuerfinanzierung mögliche Ausbau des Sozialstaates (Rentenniveau 53%, höheres ALG 2, Integration von Flüchtlingen)? Besteht bei vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht die Befürchtung (und ist sie nicht begründet?), dass ein Zuwachs der Finanzierung staatlicher Aufgaben zu einer höheren Belastung der arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung via Einkommens- und Mehrwertsteuer gehen würde? Dass also der Ausbau des vor- und fürsorgenden Staates zu ihren Lasten, zur Lasten der gesellschaftlichen Mitte ginge? Diese Befürchtung ernst zu nehmen und darauf eine durchgerechnete, schlüssige Antwort zu haben, ist eine Schlüsselfrage in der politischen Auseinandersetzung! Welche »linke« Steuerpolitik kann diese Befürchtungen begründet ausräumen? Wo sind auch nur in Ansätzen linke Aussagen zu einer dringend gebotenen Vereinfachung des Steuersystems, zu der Überleitung des gesamten Systems der Beihilfen und der Pensionen für Beamte in das Kranken- und Rentenversicherungssystem auf dem Weg zu einer Erwerbstätigen- und Bürgerversicherung, des Versicherungsschutzes für »kleine Selbstständige« usw. usw.

4.

Es ist schon frappierend, dass in einer Zeit, in der die politische Lage in Deutschland und Europa, auch der Ausgang der Bundestagswahl, wesentlich von der Bewältigung der Folgen von Vertreibung, Flucht und Migration bestimmt wird, dazu in den Thesen kein einziger Satz steht. Ein Bekenntnis gegen Krieg und Umweltzerstörung als Ursachen allen Übels allein löst kein Problem. Als ob es zum einen keine anderen Ursachen für Vertreibung, Flucht, Hunger und Elend gäbe, wie z.B. despotische Herrschaft und religiöser oder weltanschaulicher Fanatismus. Und was machen wir mit Flüchtlingen und Vertriebenen, solange all diese Ursachen nicht von heute auf morgen beseitigt sind? Gerade hier geht es darum, Befürchtungen und Ängste, die nun einmal vorhanden sind, zu thematisieren, gerade auch durch die IG Metall. Weder in These 1 wird darauf Bezug genommen, noch in der These 4. Dabei wäre auch für die Mitglieder der IG Metall, und für all jene, die es noch werden sollen, ein schlüssiges Konzept wichtig, wie das Asylrecht des Grundgesetzes und die Genfer Flüchtlingskonvention garantiert werden, Migration gestaltet werden und Integration gelingen kann. Zu diesem gesamten Problembereich, der gerade auch Arbeitnehmer_innen massiv beschäftigt, Verunsicherung und

auch Ängste auslöst, findet sich in den Thesen kein Wort. Das ist für mich ein Stück Realitätsblindheit. Die Forderungen gegen Rüstung und Krieg sind richtig – aber ein schönes Beispiel dafür, die Frage zu stellen, wo hier die Durchsetzungsmöglichkeiten der IG Metall und deren Grenzen liegen!

5.

Die Tarifpolitik der letzten Jahre war eigentlich ein fortgesetztes »Bündnis für Arbeit«. Dass der Verteilungsspielraum ausgeschöpft wurde, ist etwas beschönigend, wenn man den Verteilungsspielraum (ohne Umverteilung) als Produktivitätszuwachs plus Preissteigerung definiert. Die Preissteigerungsrate war sehr niedrig und das Produktivitätswachstum in der Metall- und Elektroindustrie, wenn auch niedrig, so immer noch deutlich über der Inflationsrate. Auch der Satz vom umfassenden Konzept der Umverteilung von unten nach oben hat Ewigkeitswert! Sollte in aktuellen Thesen, auch in der Kurzfassung, nicht zumindest durchschimmern, was die tarifpolitischen Herausforderungen angesichts der Digitalisierung der Industrie und der gesamten Wirtschaft sind? Die Klammerbemerkung zu Crowdworking ist wohl etwas dünn. Müsste nicht zumindest angedeutet werden, wo die Gefahren von Arbeit 4.0 für Quantität und Qualität der Arbeit liegen und wie dem in der Arbeitszeitpolitik, in der Qualifizierungs- und Humanisierungspolitik begegnet werden könnte? Zudem, wie autonomes Arbeiten die Gefahr der Selbstausbeutung, aber auch die Chance von erweiterter Mitbestimmung und Beteiligung bringt? Der digitale Wandel kommt in den Thesen ebenso wenig vor wie das Flüchtlings- und Migrationsthema. Auch in der längeren Fassung ist die »offensive« Tarifpolitik sehr stark defensiv formuliert als Abwehr und Aufzählung dessen, was nicht sein darf. Das aktuelle tarifpolitische Handeln der IG Metall ist demgegenüber weit offensiver.

6.

Wem wird eigentlich unterstellt, dass er Mitgliederentwicklung als Selbstzweck sieht? Der IG Metall-Führung seit Detlev Wetzel? Werden da nicht alte Schlachten wieder neu begonnen? Es ist heilsam, dass die Mitgliederentwicklung seit diesem Zeitpunkt endlich zentrales Thema, der Mitgliederzuwachs zentrales Ziel ist! Die Relation der Einnahmen zu den Ausgaben der IG Metall war nie »betriebswirtschaftlich«. Immer sind die Beitragseinnahmen der überwiegenden Mitgliedermehrheit überproportional dafür investiert worden, um in den unterdurchschnittlich organisierten Mitgliederminderheiten zu wachsen, bei den kaufmännischen und technischen Angestellten und bei den Frauen. Das hat eher noch zu- als abgenommen. Und wenn heute z.B. Geld und Ideen verwendet werden, z.B. um ein Angebot für »Crowdworker« zu machen, so ist das auch nicht in dem kritisch gemeinten Sinn »betriebswirtschaftlich«.

Auch die Aussage zur Bildungsarbeit mutet sehr vergangenheitsbezogen an. Ich habe gedacht, dass diese Debatte, die zu meiner aktiven IG Metall-Zeit schon 20 Jahre alt war, heute beendet ist. Die Betriebsfunktionäre, egal ob Vertrauensleute oder Betriebsräte, müssen fit und fachlich geschult sein für die aktuellen Auseinandersetzungen zur Gestaltung der Arbeit. Dass sie tagtäglich in dem und mit dem Interessengegensatz von Kapital und Arbeit leben, ist für sie wohl selbstverständlich.

7.

Die Aussagen zum DGB sind auch richtig, aber es sollte doch benannt werden, wie das Thema »Interessenvertretung entlang der Wertschöpfungskette« angegangen wird. Dabei geht es nicht nur um einen starken DGB, sondern um fließende Organisationsgrenzen, um den enormen Bedeutungswachstum des Dienstleistungsbereichs. Wer wird denn die »Plattformökonomie« der Zukunft organisieren und repräsentieren, z.B. eine Mobilitätsplattform, eine Energieversorgerplattform und ähnliches mehr. Das, was da zu bewältigen ist, wird nicht gelingen, wenn eine Gewerkschaft die »Führungsrolle« beansprucht. Dann werden letztlich alle verlieren. Ich fürchte, die Tendenz zu einem »starken DGB« hat eher ab- als zugenommen. Warum ist das so? Dem sollte einmal nachgegangen werden anstatt formelhaft den stärkeren DGB zu beschwören. Hier wäre mehr Analyse und vielleicht auch provozierende Zuspitzung vonnöten.

Auch in der Bündnispolitik nach außen müsste man über die »Mosaiklinke« hinauskommen. Im Übrigen haben gesellschaftliche Bewegungen immer mehr von der IG Metall profitiert, als sie von ihnen. Das gilt für die konfliktreichen tarifpolitischen Kampagnen, die belebend für gesellschaftliche Bewegungen waren (und sind?) Und das gilt für manche eigenständigen gesellschaftlichen Bewegungen, die oft erst durch die Unterstützung der IG Metall oder der Gewerkschaften wirklich massenwirksam geworden sind.

Wir brauchen in der Tat eine politische Machtoption links der Mitte. Dies zu organisieren geht aber eindeutig über die Aufgaben einer Einheitsgewerkschaft, immer noch die entscheidende Grundlage gewerkschaftlicher Stärke in Deutschland, hinaus. Das wird außerdem in Zeiten einer sich anbahnenden Schwarz-Gelb-Grünen Koalition nicht leichter. Aber wenn man einmal davon ausgeht, dass die SPD und die Linke auf Dauer zwei Akteure links der Mitte sind, dann sind zwei Punkte wichtig: Die SPD wird sich darauf konzentrieren müssen, die Mitte zu behalten oder wiederzugewinnen (z.B. das Facharbeiter- und Angestelltenmilieu zurück von CDU/CSU und AfD zu holen) und die Linke wird aufhören müssen, in der SPD den Hauptgegner zu sehen und von der Frustrations- und Vergangenheitsbewältigung weg zu einer strategischen Arbeitsteilung für die Zukunft übergehen müssen.

Fazit

Die vorliegenden Thesen sind für linke Gewerkschafter_innen zu formelhaft und allgemein, zu realitätsvergessen und analytisch oberflächlich. Sie werden dem eigenen, zu Beginn formulierten Anspruch nicht gerecht und sind dadurch auch nicht provokativ, anstößig und zugespitzt genug, um eine wirkliche Debatte auszulösen.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

¤ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ¤ Wer rettet ¤ Mandel ¤ Urban

¤ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ¤ Wer rettet ¤ Mandel ¤ Urban

¤ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

¤ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

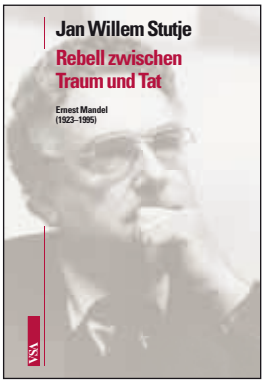
Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de